

# Voraussetzung für den Frieden ist die Beendigung des Krieges.

## Truppen raus aus Afghanistan!

„Wir werden eines der ärmsten Länder der Welt, das 30 Jahre Krieg hinter sich hat, nicht in eine fortschrittliche, industrialisierte Demokratie nach westlichen Maßstäben umformen. Was wir wollen, ist, dass Afghanistan in die Lage kommt, seine eigene Sicherheit und Regierung bewerkstelligen zu können.“ (US-General Petraeus, Oberbefehlshaber in Afghanistan, der sich weiterhin gegen einen Truppenabzug ausspricht, im Spiegel-Interview, 19.09.2010: „Wir werden Afghanistan nicht in eine Schweiz verwandeln“.)



Man stelle sich vor: Jemand, der gerade gehen lernt, wird jahrelang geschlagen, bis er nur noch mühsam, unter Schmerzen und mit Krücken vorankommt. Gefragt, warum sie weiter auf ihn einschlagen, rufen die Schläger: „Wie könnt ihr verlangen, wir sollten aufhören, auf ihn einzuschlagen, wo er doch nicht gelernt hat, alleine zu gehen! Er würde sofort zusammenbrechen. Wir müssen mindestens warten, bis er das Kriechen gelernt hat.“

Im Afghanistankrieg kann es keine Gewinner geben. Sogar US-General Petraeus kann die desaströsen Folgen dieses NATO-Krieges nicht mehr schönreden. Und weder in Afghanistan noch in Deutschland geht die Bevölkerung dem Märchen der „Demokratie nach westlichen Maßstäben“ auf den Leim. Denn auf die Souveränität der Bevölkerung setzen die kriegstreibenden Kräfte der NATO erkennbar weder in Afghanistan, noch an der „Heimatfront“.

Und entgegen jeglicher Propaganda geht der Krieg in Afghanistan nicht von der einheimischen, ach so kriegslüsternden Bevölkerung aus, sondern von einer westlichen Elite, die für ihre Interessen und ihre Einflussnahme den Krieg in das Land trägt. Vor gut 30 Jahren rüstete die US-Regierung die islamistischen Mujaheddin-Milizen gegen die sozialistische „Demokratische Volkspartei Afghanistans“ (DVPA), die 1978 die Regierung übernommen und das Königreich in eine Republik umgewandelt hatte, auf. Diese Regierung hatte begonnen, durch eine Landreform, Alphabetisierung sowie die Neuregelung von Ehe- und Scheidungsangelegenheiten das Land zu demokratisieren und zu modernisieren. Die Unterstützung antidemokratischer Kräfte durch die USA und die Reaktion der traditionellen Elite kulminierte in Aufständen im ganzen Land, was schließlich zur Intervention sowjetischer Truppen in den Jahren 1979 bis 1989 führte, um die sozialistische Regierung zu stützen.

2001 nahmen die USA und ihre Verbündeten die Anschläge des 11. Septembers zum Anlass, das inzwischen von den von ihnen bewaffneten Mujaheddin (mittlerweile als „Taliban“

bekannt) beherrschte Land zu überfallen und zu besetzen. Daraufhin wurden die übrig gebliebenen Reste der afghanischen Staatlichkeit zerstört, indem eine Marionettenregierung eingesetzt, die verbliebenen staatlichen Betriebe privatisiert und ausländischen Investoren der volle Zugriff auf den afghanischen Markt ermöglicht wurde (es versteht sich: steuerfrei). Afghanistan wurde damit in ein De-facto-Protectorat verwandelt. Die einheimische wirtschaftliche Entwicklung wurde nicht gefördert sondern unterminiert: 90% der afghanischen Waren sind Importe. Armut, zerstörte zivile Infrastruktur (wie Strom- und Wasserversorgung, Kommunikation, Transport, Kultur- und Bildungsinstitutionen), Entwicklungslosigkeit sowie 70% Arbeitslosigkeit sind Folgen des Krieges und der Besatzung. Dabei wurde das Land durchaus nach „westlichen Maßstäben“ umgeformt – in eine „freie“ Marktwirtschaft, in der Korruption, Waffen- und Drogenschmuggel blühen und ausländische Unternehmen satte Geschäfte machen – durch „freie Handelswege“ und neue Märkte (Horst Köhler), Rohstoffsicherung und geopolitische Einflussnahme. Diese westlichen Maßstäbe haben mit Demokratie nichts zu tun.

Unter den Bedingungen militärischer und wirtschaftlicher Bevormundung und Krieg kann der Wiederaufbau nicht beginnen und keine soziale, demokratische und wirtschaftliche Entwicklung von statten gehen. Voraussetzung für eine souveräne und zivile Entwicklung in Afghanistan ist daher die Beendigung der militärischen Invasion, d. h. der vollständige Abzug der Truppen. Erst dadurch kann die Bevölkerung wieder zu Einfluss auf die Entwicklung des Landes gelangen und können fortschrittliche soziale Kräfte – Gewerkschaften, Friedens-, Frauen- und Studentenorganisationen – gestärkt werden.

Alles Gute kommt von unten.



### „Mythos humanitärer Krieg – Frieden für Afghanistan!“

Diskussion mit Christine Buchholz (Friedenspolitische Sprecherin der LINKEN, MdB)

am 21.10. um 19:30 Uhr in HS XII

„Das erste Opfer des Krieges ist die Wahrheit.“ (Aischylos, griechischer Philosoph, 525-456 v. Chr.) Immer schon haben Regierungen ihre Bevölkerungen angelogen, um Kriege zu rechtfertigen. Deshalb wollen wir aktuell der Frage nachgehen und diskutieren, warum noch immer Krieg in Afghanistan geführt wird.

Was hat dieser Krieg mit uns zu tun? Wie ist die Lage in Afghanistan? Wie wird dieser Krieg begründet und warum widersprechen wir der Aussage, es handle sich um einen „humanitären“ Krieg? Was will die Nato in Afghanistan? Wieso fordern wir den Truppenabzug? Und was sind Voraussetzungen für Frieden und eine demokratische Entwicklung in Afghanistan?

Über all diese Fragen und mehr möchten wir mit euch und Christine Buchholz, die Afghanistan bereist hat, diskutieren.